



IM SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDTAG

Nr. 596/04
17. Dezember 2004

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER

Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Jugendpolitik

TOP 70

Torsten Geerds:

Schleswig-Holsteins Unternehmer geben 10.000 Schulabgängern eine berufliche Perspektive

Bis zum Ende November wurden bei den drei Industrie- und Handelskammern 9.576 Lehrverträge eingetragen. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Arbeitgeber in Schleswig-Holstein die Zahl der zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze um 4 Prozent gesteigert.

Für diese Leistung in einem konjunkturell schwierigen Jahr möchte ich im Namen der CDU-Landtagsfraktion allen Unternehmern danken, die durch diese gemeinsame Kraftanstrengung fast 10.000 Schulabgängern eine berufliche Perspektive gegeben haben.

Dieses Ergebnis verdeutlicht noch einmal, wie unsinnig die Diskussion über die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe gewesen ist.

Und es war gut und richtig, dass die Fraktionen von CDU und FDP gemeinsam mit dem Landwirtschaftsminister gegen die Einführung eines solchen bürokratischen Monstrums gekämpft haben.

Zurzeit sind noch 300 Jugendliche in Schleswig-Holstein unversorgt. Das ist für jeden einzelnen Lehrstellensuchenden eine persönlich unbefriedigende Situation. Richtig ist aber auch, dass eine solche Größenordnung unversorgter Jugendlicher nicht außergewöhnlich ist. Denn es wäre absurd zu glauben, dass jeder Bewerber auf Anhieb in die Ausbildung in einem Traumberuf vermittelt werden könnte. Hinzu kommen bei einzelnen Schulabgängern erhebliche Vermittlungshemmnisse.

Für diese unversorgten Schulabgänger stehen nach wie vor Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote zur Verfügung.

Alles in allem können wir zum Jahresende aber eine befriedigende Situation auf dem schleswig-holsteinischen Ausbildungsmarkt feststellen. Dafür dankt die CDU-Landtagsfraktion allen Akteuren, insbesondere allen Verantwortlichen in den Ausbildungsbetrieben.

Bevor aber SPD und Grüne im nächsten Jahr erneut mit der Schaffung einer Ausbildungsplatzabgabe drohen, sollten wir uns gemeinsam auf das konzentrieren, was die Politik jetzt zu leisten hat, um die Motivation in der Wirtschaft bei der Bereitstellung von Lehrstellen zu erhalten.

Wir müssen im Land und im Bund alle Stellschrauben justieren, um Schulabgängern auch in Zukunft eine Chance auf einen beruflichen Einstieg zu geben.

Deutschland braucht rasch ein modernes Berufsbildungsrecht. Wir müssen die Berufsausbildung modernisieren, flexibilisieren und internationalisieren. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass unser europaweit anerkanntes duales Ausbildungssystem erhalten bleibt.

Eine Aushöhlung der dualen Bildung mit der Gleichsetzung von Vollzeitschulen und betrieblicher Ausbildung wird von der CDU-Landtagsfraktion abgelehnt.

Wer sich bei den Arbeitgebern, aber auch Haupt- und Realschullehrern umhört, der wird ganz schnell mit einer weiteren Forderung konfrontiert:

Für ein Stufenmodell der beruflichen Bildung gibt es von den Praktikern Zustimmung. Damit wird jungen Leuten die Chance gegeben, nach der ersten Stufe bereits einen Teilabschluss zu erreichen.

Beim bisherigen Prinzip „Alles oder Nichts“ in der beruflichen Bildung bleiben bundesweit jährlich 100.000 Schulabgänger auf der Strecke. Wer die erste Stufe gut besteht, der kommt automatisch in die 2. Stufe und hat am Ende seinen Vollabschluss.

Hauptschüler hätten mit diesem Modell wieder eine Chance auf einen Berufseinstieg, wo heute mittlere Reife oder Abitur zwingend gefordert werden.

Abgelehnt wird von den Experten eine gesetzliche Regelung, die die zwangsweise Einrichtung von regionalen Berufsbildungskonferenzen fordert. Eine solche gesetzliche Regelung führt zu zusätzlicher Bürokratie ohne jeden erkennbaren Nutzen. Die jeweiligen Akteure in der Region pflegen schon heute eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Kritisiert wird von vielen Arbeitgebern aber auch von vielen Auszubildenden die zu kurze Probezeit. Beide Seiten brauchen mehr Zeit, um festzustellen, dass die richtige Berufswahl erfolgt ist. Ich halte es daher für richtig, die Berufsschultage aus der Probezeit herauszunehmen.

Und wer diesen Vorschlag gleich wieder als soziale Kälte brandmarkt, der soll bitte auch bedenken, dass es zurzeit 25 Prozent Ausbildungsabbrecher gibt. Ein Drittel aus persönlichen Gründen, da sie den falschen Beruf gewählt haben.

Des Weiteren muss die Mobilität der jungen Erwachsenen dadurch gefördert werden, dass ein europatauglicher Ausbildungspass eingeführt wird, um die im Ausland erworbenen Qualifikationen einfacher anrechnen zu können.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Ausbildungssituation zum Jahreswechsel ist zufrieden stellend. Die Wirtschaft hat trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage ihre soziale Verantwortung wahrgenommen. Die Politik ist gefordert, für ein modernes und zukunftsorientiertes Berufsbildungsrecht zu sorgen.